

Wie Autokratien im Digitalen kooperieren – und warum das Folgen für die Informationsfreiheit hat

Lisa Garbe, Seraphine F. Maerz, Tina Freyburg
4th February 2026



Eine neue Studie zeigt, wie autoritäre Staaten im digitalen Zeitalter durch gezielte Investitionen in die Internetinfrastruktur anderer Autokratien international kooperieren. Ziel ist nicht der Netzausbau allein, sondern auch die Sicherung politischer Kontrolle.

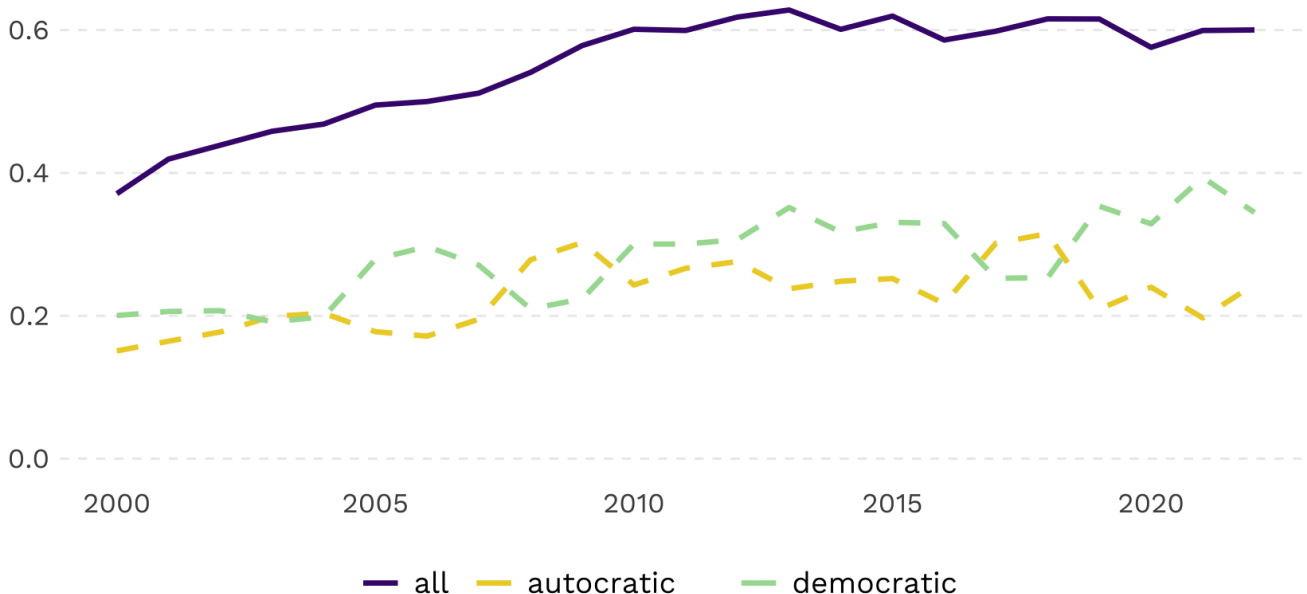
Kontrolle trotz Vernetzung: ein autoritärer Spagat

Das Internet ist längst kein neutraler Raum mehr. Es bietet wirtschaftliche Chancen, aber auch Risiken für politische Systeme, insbesondere in autoritären Staaten. Freie Kommunikation, internationale Vernetzung und unabhängige Informationsflüsse stellen für viele Regime eine Bedrohung dar. Eine aktuelle Studie von Lisa Garbe, Seraphine Maerz und Tina Freyburg (*Democratization*, 2026) zeigt, wie diese Staaten strategisch auf Investitionen aus anderen Autokratien setzen, um dieses digitale Dilemma zu lösen: Internet ja, aber bitte ohne Verlust politischer Kontrolle.

Investitionen mit System: Kooperation unter Gleichgesinnten

Die Autorinnen zeigen, dass autoritäre Regime in Afrika verstärkt auf Investoren aus ähnlich regierten Ländern setzen, wenn es um den Ausbau ihrer Internetinfrastruktur geht. Sie argumentieren, dass Unternehmen aus Demokratien sich weigern könnten, bei Massnahmen wie Überwachung, Zensur oder Netzabschaltungen mitzuwirken. Autokratische Investoren hingegen teilen oft ähnliche Interessen oder zumindest weniger Bedenken. In der Tat: Wenn die Shareholders eines Internetanbieters mehrheitlich aus autoritären Staaten stammen, steigt die Wahrscheinlichkeit für Online-Repression signifikant. Und der Einfluss autoritärer Investoren in der afrikanischen Internetinfrastruktur wächst.

Abbildung 1: Anteil ausländischer Investoren in die Internetinfrastruktur afrikanischer Autokratien



Ausländische Investitionen in Internetanbietern in afrikanischen Autokratien, 2000–2022. Die Linien geben den Gesamtanteil ausländischer Investoren an der Gesamtzahl der Internetanbieter in afrikanischen Autokratien an (N = 44). „Autokratisch“ bezieht sich auf Investoren mit Hauptsitz in geschlossenen und elektoralen Autokratien; „demokratisch“ bezieht sich auf Investoren aus elektoralen und liberalen Demokratien. Abbildung: Sophie De Stefani, DeFacto · Datenquelle: Garbe, L., Maerz, S., & Freyburg, T. (2026).

Die Autorinnen untersuchten 44 autoritäre Staaten in Afrika über einen Zeitraum von mehr als zwanzig Jahren. Ihre Analyse zeigt deutlich: Je repressiver ein Regime im Analogen agiert, desto mehr Investoren aus autoritären Regimen besitzen Anteile an den Internetanbietern im Land. Diese Investoren behindern seltener den Wunsch nach Kontrolle und Repression. Besonders auffällig ist: Sobald mindestens ein Internetanbieter im Land mehrheitlich einem autokratischen Investor gehört, steigt die Wahrscheinlichkeit für digitale Repressionsmassnahmen signifikant. Solche Massnahmen umfassen vor allem die Überwachung sozialer Medien, die Zensur regierungskritischer Inhalte sowie gezielte Abschaltungen des Internets, etwa während Wahlen oder politischen Protesten.

Konkrete Beispiele unterstreichen diese Dynamik: In Guinea etwa lehnten es internationale Anbieter wie Orange oder MTN im Jahr 2016 ab, eine zentrale staatliche Überwachungseinheit für den gesamten Datenverkehr einzurichten. Sie beriefen sich dabei auf Datenschutzstandards. In Burundi hingegen wurden Anbieter wie Smart und Viettel von autoritären Staaten wie Vietnam oder

staatsnahen Firmen aus Kenia kontrolliert und lieferten laut Berichten bereitwillig Kundendaten an die Regierung weiter.

Internationale Relevanz und politische Fragen

Die Studie rückt eine bislang wenig beachtete Form internationaler Zusammenarbeit ins Licht: Autoritäre Kollaboration durch Investitionen. Sie offenbart ein Netzwerk, das über nationale Grenzen hinausgeht und die digitale Infrastruktur gezielt zur Machtsicherung nutzt. Dabei geht es nicht nur um China oder Russland – auch kleinere autoritäre Staaten wie Vietnam, die Vereinigten Arabischen Emirate oder der Libanon spielen eine zunehmend aktive Rolle.

Fazit: Eine neue Dynamik des digitalen Autoritarismus

Die Forschungsergebnisse zeigen, dass das Internet in autoritären Kontexten keineswegs ein Garant für Öffnung ist. Vielmehr wird es zunehmend Teil autoritärer Steuerungslogik, ermöglicht durch internationale Kooperation unter Gleichgesinnten.

Referenz:

- Garbe, L., Maerz, S., & Freyburg, T. (2026). Authoritarian collaboration and repression in the digital age: Balancing foreign direct investment and control in internet infrastructure. *Democratization*. <https://doi.org/10.1080/13510347.2024.2442377>

Abbildung: unsplash.com